

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**
– Drucksache 19/14030 –

Smart Germany – Deutschland als Leitmarkt für Industrie 4.0 etablieren

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dieter Janecek, Anja Hajduk, Dr. Bettina Hoffmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 19/15804 –

Digitalisierung ökologisch gestalten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch ein umfassendes Programm Deutschland als Leitmarkt für die Industrie 4.0 zu etablieren, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, durch ein umfassendes Programm die Digitalisierung ökologisch zu gestalten, insbesondere durch den Einsatz neuer Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz (KI).

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14030 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/15804 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/14030 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/15804 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/14030** wurde in der 118. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/15804** wurde in der 147. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Februar 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die antragstellende Fraktion der FDP sieht die deutsche Industrie vor großen Herausforderungen bezüglich der Bewahrung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Fraktion fordert unter anderem die Initiierung einer umfassenden Innovationsoffensive, flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk, die Verbesserung der IT-Sicherheit der deutschen Industrie, eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Plattform-Arten bei allen Regulierungsvorhaben für digitale Plattformen, die Schaffung eines rechtssicheren Raums für Forschung und Entwicklung sowie das Eintreten auf internationaler Ebene für Freihandel und gegen Protektionismus. Weiterhin wird die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, die Belange der Industrie bei der Regulierung von Daten stärker als bisher zu berücksichtigen, die Weichen für ein ausgewogenes KI-Haftungsrecht zu stellen, das sowohl die Innovationstreiber der Industrie 4.0 anzieht und den Markt nicht belastet als auch die durch autonome Systeme Geschädigten angemessen kompensiert. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Wandel der Rolle der Beschäftigten in Industrieunternehmen durch eine Anpassung des Arbeitsrechts und der Fortbildungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen.

Zu Buchstabe b

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemängelt die bislang erfolgte Nichtbeachtung ökologischer Dimensionen der Digitalisierung durch die Bundesregierung. Sie fordert unter anderem eine aktive Ausrichtung der Digitalpolitik entsprechend den international vereinbarten Klima- und Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, im Rahmen der Überarbeitung der Ressourcenstrategie und des Ressourceneffizienzprogramms der Bundesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf Urban Mining zu legen, „Digitalisierung für Nachhaltigkeit“ zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 zu machen sowie sich gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, die europäische Digitalpolitik aktiv entsprechend den Nachhaltigkeitszielen zu gestalten. Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, im Rahmen der digitalen Beratungs- und Informationsprogramme des Bundes Informations- und Schulungsangebote zum Thema Green IT und zur Verwendung ressourceneffizienter Systeme zu unterbreiten, die Voraussetzungen für die Nutzung von Videokonferenzsystemen in den Bundesministerien so zu verbessern, dass die Zahl der Dienstreisen zwischen Berlin und Bonn deutlich reduziert werden könne. Schließlich fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, sich auf Ebene der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, einen UN-Gipfel zur Nachhaltigkeit im digitalen Zeitalter durchzuführen und eine UN-Rahmenkonvention zur Nachhaltigkeit im digitalen Zeitalter zu verabschieden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/14030 in seiner 59. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/15804 in seiner 87. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/15804 in seiner 67. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/15804 in seiner 65. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/15804 in seiner 43. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/15804 in seiner 51. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/14030 und 19/15804 in seiner 83. Sitzung am 9. September 2020 abschließend beraten.

Die den Antrag auf Drucksache 19/14030 stellende **Fraktion der FDP** erklärte, die Corona-Krise habe gezeigt, dass der Digitalisierungsschub nicht nur den Alltag der Menschen verändere, sondern auch Auswirkungen auf die Wirtschaft haben werde. Hierzu gehöre die Schaffung der technischen Rahmenbedingungen. Deutschland sei immer noch zu langsam. Die digitale Infrastruktur benötige mehr Glasfaserverbindungen, die durchaus flächendeckend sein sollten. Davon profitierten ausdrücklich auch Unternehmen, die ihren Sitz in ländlichen Regionen hätten. Was die Entwicklung der künstlichen Intelligenz betreffe, so müssten entsprechende Normen gesetzt werden. Dies könne und müsse durch die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Seiten geschehen, von Software-Entwicklern über Maschinenbauer bis hin zu der diese Soft- und Hardware nutzenden Industrie. Deutschland und Europa müssten eigene Cloud-Dienste entwickeln. Die Fraktion kritisierte die Abläufe im Deutschen Patent- und Markenamt sowie die langsame Bearbeitung von Fällen durch die Patentgerichte. Gefragt seien mehr Flexibilität und eine bessere Ausstattung durch entsprechendes staatliches Handeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass beide Anträge vor der Corona-Pandemie aufgelegt worden seien. Seitdem habe die Digitalisierung einen Aufschwung genommen. Homeoffice oder Videokonferenzen böten Chancen. Allerdings müsse in Betracht gezogen werden, dass mit der Speicherung und Weiterleitung solch großer Datenmengen auch ein höherer Energieverbrauch verbunden sei. Die Europäische Kommission habe das Ziel, die Rechenzentren bis 2030 klimaneutral arbeiten zu lassen. Digitalisierung sei zweifellos ein Fortschritt, müsse allerdings nachhaltig gestaltet werden. Die Fraktion teilte die Aussagen des Antrags der

Fraktion der FDP zur Industrie 4.0. Ebenso das Erfordernis, Grundlagenforschung zu betreiben und die Mobilitätswende voranzubringen. Dagegen kritisierte sie die Aussagen zum Datenschutz, der von der FDP als Hemmnis gesehen würde. Der eigene Antrag setze auf „Grüne IT“. Die Klimaziele müssten mit der Digitalisierung und nicht gegen sie erreicht werden. Dies könne durch ein neues Produktdesign, neue Kühlungstechnologien in Rechenzentren oder den organisatorisch sinnvollen Einsatz von IT ermöglicht werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** schickte voraus, die Zielsetzung beider Anträge sei nachvollziehbar und richtig. Seit dem Zeitpunkt der Antragstellung, der schon einige Zeit zurückliege, habe jedoch eine enorme Entwicklung stattgefunden, die nicht nur durch die Corona-Krise, sondern auch durch die Politik der Bundesregierung vorangetrieben worden sei. Viele der Forderungen aus den vorliegenden Anträgen seien bereits umgesetzt. Die Fraktion verwies in diesem Zusammenhang auf die Umsetzungsstrategie der Digitalen Agenda und das Zukunftspaket, das vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet worden sei. Digitalisierung und Nachhaltigkeit fänden sich auch im Programm der deutschen Ratspräsidentschaft wieder. Der bevorstehende Digitalgipfel werde unter dem Motto „Durch Digitalisierung zu mehr Nachhaltigkeit“ durchgeführt. Ein praktisches Beispiel sei die Förderung der Entwicklung von energieeffizienten Computerchips.

Die **Fraktion der SPD** wies ebenfalls auf den Entstehungszeitpunkt der Anträge hin. Nachhaltigkeit und Energieeffizienz seien bereits vor der Corona-Krise angesagt gewesen. So habe sich die Bundesregierung schon vor Jahren zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung von Servern voranzutreiben. Beide vorliegenden Anträge zielten in die richtige Richtung, allerdings gebe es auch inhaltlichen Dissens. Dies betreffe unter anderem den Vorschlag der Fraktion der FDP, Sozialstandards zu schleifen. Experimentierräume zu schaffen – so wie in der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ vorgeschlagen – dürfe nicht bedeuten, bestimmte Standards zu unterlaufen. Die Erlöse aus der Versteigerung der Digitalfrequenzen müssten sowohl in die Infrastruktur als auch in den Digitalpakt Schule fließen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, man habe in den letzten Monaten viel über die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft gelernt. Die Fraktion begrüßte einige Aussagen aus dem Antrag der Fraktion der FDP, so die Innovationsoffensive, eine flächendeckende Gigabit-Infrastruktur, beschleunigte Patentierungsprozesse oder die Anpassung des Arbeitsrechts. Deutschland hänge noch immer hinter ostasiatischen und US-amerikanischen Firmen zurück. Was den Datenschutz betreffe, müssten nicht nur die Firmen, sondern auch die Bürger einbezogen werden. In den Handelsbeziehungen müssten deutsche Interessen und IT-Standards gewahrt bleiben. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne die Fraktion der AfD vollständig ab; dieser stecke voller Klima-Ideologie. Natürlich seien Ressourcen und Energie einzusparen. Dies müsse allerdings mit vollkommen anderen Instrumenten und Maßnahmen geschehen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte die Haltung der Fraktion der AfD, die den Klimawandel als nicht existent bezeichnen würde. Die Corona-Krise habe zweifellos die Entwicklung digitaler Lösungen beschleunigt. Auf der anderen Seite seien viele Probleme zutage getreten. In ländlichen Regionen sei bis heute das mobile Internet ein Fremdwort. Schüler mit Endgeräten auszustatten, mache nur Sinn, wenn sie per Homeschooling auch erreichbar seien. Die Fraktion unterstütze durchaus den Ansatz, das Internet „bis zur letzten Milchkanne“ zu bringen. Die Industrie 4.0 biete Chancen und Risiken. Letztere gehörten zur Ehrlichkeit dazu. So benutze die Fraktion der FDP ihre Forderungen, um Arbeitnehmerrechte zu beschneiden, so im Arbeitszeitgesetz.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14030 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/15804 zu empfehlen.

Berlin, den 9. September 2020

Hansjörg Durz
Berichtersteller

